

Newsletter Januar 2025

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte reguläre Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode ist auch für mich als Bundestagsabgeordnete die letzte – und was für eine!

Überschattet war sie von den politischen Turbulenzen im Anschluss an die furchtbare Tat in Aschaffenburg, die uns alle schockiert hat. Es bleibt völlig unverständlich, wie ein Mensch so etwas tun kann. Wir können nur ahnen, wie tief der Schmerz bei allen Beteiligten sitzt und sie ihr ganzes Leben begleiten wird. So ein Ereignis wühlt uns als mitfühlende Gesellschaft auf. Es zeigt aber auch gleichzeitig, wo ganz offenbar Versäumnisse im Vollzug unseres Rechtsstaats liegen. Darum nehmen wir die Sorgen sehr ernst, die uns von Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen werden, und arbeiten ganz konkret daran, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Umsetzungsdefizite zu beheben, das Zusammenwirken der unterschiedlichen Behörden zu verbessern und Gesetze gezielt dort anzupassen, wo es um die Sicherheit in unserem Land geht.

Friedrich Merz hat sich unter dem Eindruck dieser Geschehnisse dazu hinreißen lassen, mit unausgereiften und taktischen Anträgen politische Stimmung machen. Obwohl der Mittwoch mit dem Gedenken an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus begann, endete er mit einer johlenden AfD-Fraktion. Dazwischen lag der kalkulierte Tabubruch des Oppositionsführers, erstmals mit der extremen Rechten gemeinsame Sache zu machen.

Dieses wahltaktische Manöver beschädigt unsere offene und liberale Demokratie. Denn Humanität und Rechtsstaatlichkeit sind hohe Werte, die man nicht einfach beiseiteschieben darf. Die heutige Debatte über das Zustrombegrenzungsgesetz wurde

scharf und emotional geführt. Ich bin erleichtert, dass es der Union und der FDP nicht gelungen ist, eine Mehrheit zu organisieren und die AfD damit nicht zum Zünglein an der Waage wurde. Doch die Risse in der demokratischen Mitte sind unübersehbar. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Trotz der sich überschlagenden Ereignisse der letzten Tage konnten wir in dieser Woche noch einige wichtige Beschlüsse fassen. Und so freue ich mich sehr, dass es mit einigem politischen Verhandlungsgeschick gelungen ist, noch ein gesundheitspolitisches Vorhaben gemeinsam mit den Grünen und der FDP zu beschließen. Damit stärken wir die ambulante medizinische Versorgung in unseren Gemeinden. Und so konnte ich kurz vor dem Abschluss meiner Abgeordnetenzeit – und mitten in der Nacht – noch einmal im Plenum reden und so etwas wie ein politisches Fazit meiner Arbeit ziehen.

Die Zeit für einen Abschied ist aber noch nicht da. Vor uns liegen noch drei Wochen bis zur Bundestagswahl – drei Wochen, in denen ich hier bei uns und an unterschiedlichen anderen Orten im Land unterwegs sein werde, um für eine starke Sozialdemokratie zu werben, auf die man sich verlassen kann. Ja, nach dieser Woche geht es auch darum, sich mit hoffentlich vielen anderen gemeinsam für die Grundfesten unserer liberalen Demokratie stark zu machen.

Ihre/Eure



Heike Baehrens



Für Recht, Ordnung und Menschlichkeit

Geltendes Recht anwenden, über alle Verantwortungsebenen verbindlich kommunizieren und konsequent entscheiden – darauf kommt es an, um so furchtbare Ereignisse wie in Solingen, Mannheim, Magdeburg oder Aschaffenburg zu verhindern. Es ist sehr viel mehr bereits geregelt als viele denken, auch die von der Ampelkoalition verschärften Gesetze zeigen nach und nach Wirkung. Und ja, es muss nachdrücklicher dafür gesorgt werden, dass diese Normen und Regeln auch tatsächlich praktisch umgesetzt werden, damit potenzielle Gefährder frühzeitig nicht nur identifiziert werden, sondern auch so schreckliche Tragödien wo immer möglich verhindert werden. Schon die bisherigen Auswertungen zeigen: Das Ausländerrecht hätte vollzogen, die Ausreisepflichtigen abgeschoben, die psychisch kranken Gefährder in Gewahrsam genommen werden müssen. Wenn bestehende Gesetze nicht konsequent angewandt werden, hat das wohl auch viel mit Überforderung der Behörden oder auch Zuständigkeitsgerangel zu tun. Darum müssen Bund, Länder und kommunale Ebene gemeinsam und verbindlich klären, wie sie schnellstmöglich zu besseren geordneten Verfahren bei den ausführenden Behörden kommen. Ebenso muss die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zügig in nationales Recht umgesetzt werden. Dazu ist wichtig, dass insbesondere die unionsgeführten Länder im Bundesrat endlich ihre Blockade gegen das im Bundestag beschlossene Sicherheitspaket mit weiteren verschärfenden Sicherungsmaßnahmen aufgeben.

Das, was stattdessen in dieser Woche im Bundestag geschehen ist, ist ein Tabubruch. CDU-Kanzlerkandidat Merz hat nur Stunden nach dem

Mord in Aschaffenburg eine Sammlung von populistischen Maßnahmen auf den Tisch gelegt, die gegen geltendes Recht verstoßen, personell gar nicht zu stemmen wären und mitnichten solchen Taten vorbeugen. So fordert die Union in ihren Anträgen und ihrem Gesetzentwurf unter anderem, die komplette deutsche Staatsgrenze dauerhaft zu kontrollieren, Menschen ohne gültige Einreisedokumente grundsätzlich zurückzuweisen (also ohne Prüfung des Schutzanspruchs), den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen sowie ausreisepflichtige Personen, die aufgegriffen werden, festzusetzen und sofort abzuschicken. Diese Forderungen sind nicht nur praxisuntauglich, sie stellen den so notwendigen europäischen Konsens in Frage und sind in Teilen inhuman; sie verstoßen in Teilen gegen europäisches und internationales Recht sowie gegen unser Grundgesetz.

Merz weiß um all diese Tatsachen. Sein erratisches Handeln hat nicht im Blick, worauf dies alles hinausläuft. Stattdessen nimmt er den Schulterchluss mit einer in Teilen gesichert rechtsextremen Partei billigend in Kauf. Er hat der AfD zum Triumph verholfen und deren menschenverachtenden Behauptungen und Botschaften hoffähig gemacht. Das ist ein Dambruch. Unser Kanzler Olaf Scholz hat das zurecht als unverzeihlichen Fehler der Union bezeichnet. Und es zeigt sich schon jetzt, dass durch diese völlig überzogene Zuspitzung die Unruhe in unserer Gesellschaft noch weiter geschürt wird. Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund sind zutiefst verunsichert, werden im öffentlichen Raum beleidigt und diffamiert.

Es ist nicht nur so, dass viele der großspurig angekündigten Verschärfungen nicht zur Anwendung kommen werden. Sie würden eben am Ende auch aus rechtlichen Gründen keinerlei Wirkung zeigen. Merz hat in der Öffentlichkeit Konsequenzen vorgetäuscht, die faktisch nicht realisierbar sind. Wenn es ihm darum ginge, wirklich etwas verändern zu wollen, hätte er mit den demokratischen Parteien das Gespräch gesucht, um miteinander ein politisches Signal der Handlungsfähigkeit des Staates zu setzen. Seine Vorwürfe gegen die SPD- und Grünen-Bundestagsfraktionen, man wäre zur Kooperation nicht bereit gewesen, entbehren jeder Grundlage. Es war die Union, die Verhandlungen mit den Fraktionen der Minderheitsregierung im Herbst letzten Jahres abgebrochen hat. Sie haben heute darauf bestanden, ihren Gesetzentwurf unverändert zur Abstimmung zu stellen. Keine Bereitschaft, miteinander zu verhandeln. Und dies im Übrigen nicht nur zu diesem Thema, sondern auch in der Gesundheitspolitik, wo die CDU/CSU nicht einmal bereit waren, der Stärkung der hausärztlichen Versorgung zuzustimmen.

Als SPD stehen wir weiterhin für eine Migrationspolitik, die sich von Menschlichkeit leiten lässt,

aber auch für Ordnung sorgt; die Schutzbedürftigen Schutz gewährt, aber irreguläre Migration ebenso konsequent begrenzt und die Bleibeberechtigten die nötige Unterstützung zu einer gelungenen Integration gewährt. Zudem müssen wir weiterhin als Europa zusammenstehen, wenn wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wollen. Da kann man nicht unsere europäischen Partner, mit denen wir uns gerade erst in zähen, langwierigen Verhandlungen auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt haben, vor den Kopf stoßen. So funktioniert es nicht.

In drei Wochen wird sich bei der Bundestagswahl zeigen, ob Merz' zynisches Kalkül aufgeht. Es steht zu befürchten, dass er mit dieser überstürzten Aktion der AfD in die Hände spielt, hat er diese Woche doch deren Kernthema zum zentralen Gegenstand der gesellschaftlichen Debatte kurz vor der Wahl gemacht. Ich halte das für taktisch fatal. Und ob es außerdem klug war, sich offen gegen jene Parteien zu wenden, auf deren Koalitionsbereitschaft Merz im Falle eines Wahlsieges angewiesen wäre, wage ich zu bezweifeln.



Wir stärken die Hausarztpraxen

Gerade in einer Woche wie dieser ist es ein wichtiges Signal in die Gesellschaft, dass die ehemaligen Koalitionspartner SPD, Grüne und FDP wenigstens bei einem fachpolitischen Thema tun, was richtig ist, und sich trotz Ampelende, Meinungsverschiedenheiten und hart geführtem Wahlkampf auf einige wichtige Verbesserungen für die ambulante Versorgung von Patientinnen und Patienten verständigen konnten. Mit einer letzten gemeinsamen Anstrengung stärken wir die Hausärztinnen und Hausärzte mit dem Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz.

Wichtigste Neuerung ist die sogenannte Entbudgetierung: Wenn Hausarztpraxen mehr Patient:innen versorgen als in ihrem Budget vorgesehen, werden die Behandlungskosten derzeit nicht komplett von der Krankenkasse erstattet. Die Ärzt:innen machen ihre wichtige Arbeit also zum Teil für umsonst. Das ändern wir nun, indem wir die bislang geltenden Budget-Obergrenzen für Hausärzt:innen abschaffen. Durch die Entbudgetierung sorgen wir dafür, dass der Beruf wieder attraktiver wird und Patient:innen schneller einen Termin erhalten. Das wird besonders in ländlichen Regionen zu einer spürbaren Entspannung führen, da dort dringend mehr Hausärztinnen und Hausärzte gebraucht werden. Für die Kinder- und Jugendmedizin gilt die Entbudgetierung übrigens bereits seit dem 1. April 2023. Nun sollen auch Hausärzt:innen alle Untersuchungen und Behandlungen ohne Abschläge bezahlt bekommen, damit Mehrarbeit finanziell nicht zu Nachteilen führt.

Durch die Entbudgetierung und die zusätzliche Einführung einer Versorgungspauschale für chronisch kranke Menschen, die keiner intensiven Betreuung bedürfen, nehmen wir deutlich Druck aus den hausärztlichen Praxen. Die neuen Regelungen stär-

ken die Hausärztinnen und Hausärzte als Rückgrat der ambulanten medizinischen Versorgung und geben dem Beruf Zukunft.

Es gibt noch weitere Maßnahmen, die wir im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz erreichen konnten: So weiten wir den Anspruch auf Notfallverhütungsmittel für Opfer sexueller Gewalt aus. Die Kosten werden künftig ohne Altersbegrenzung von der Krankenkasse erstattet. Vorher lag die Altersgrenze bei 22 Jahren. Ich finde, das ist ein lange überfälliger Schritt. Gewalt- und Missbrauchsoffer können sich auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft verlassen. Auch die Kosten für bestimmte Verbandsmittel werden vorerst weiterhin erstattet, denn Patientinnen und Patienten sollen sich auf eine hochwertige und stabile Wundversorgung, die ihren Bedürfnissen entspricht, verlassen können.

Zudem freut es mich besonders, dass es noch gelungen ist, die Hilfsmittelversorgung für Kinder und Erwachsene mit schwerer Behinderung deutlich zu verbessern. Wir sorgen dafür, dass sie zum Beispiel einen dringend benötigten neuen Rollstuhl schneller und unkomplizierter erhalten. Das ist ein großer Fortschritt für die betroffenen Familien.

Die neuen Regeln treten spätestens im April in Kraft. Für mich ist das Gesetz auch persönlich ein großer Erfolg. Das vorzeitige Ampel-Aus hat so einige bereits abgestimmte Gesetzentwürfe im Gesundheitsbereich auf Eis gelegt. Das war für uns alle bitter. Wohl kaum jemand hätte uns in der derzeitigen Situation solch eine Einigung zugetraut. Aber wir haben gezeigt, dass man mit langem Atem und Verhandlungsgeschick noch etwas erreichen kann, wenn man das „big picture“, nämlich eine bessere Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger fest im Blick behält.

Unterwegs im Landkreis



Wie immer viele gute Begegnungen und Gespräche bei der Vesperkirche in Göppingen. Vielen Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die sich hier Jahr für Jahr engagieren.

Endlich startet die Kurzzeitpflege in Geislingen. Sie ist ein wichtiges Angebot für Menschen, die nach einem Krankenhausaufenthalt Unterstützung brauchen. Bei der Eröffnung traf ich die neue Pflegedirektorin des Alb Fils Klinikums Brigitte Käser (rechts im Bild) und die Betriebsratsvorsitzende Daniela Dresel (Mitte).



Isabella und Maja vom Michelberg-Gymnasium in Geislingen gehen in ihrer Seminararbeit der Frage nach, wie politische Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Frauen in der Arbeitswelt beitragen. Gern stand ich für dieses wichtige Thema zum Interview und Austausch bereit.



Donnerstagnacht hielt ich nach zwölf Jahren Abgeordnetentätigkeit [meine letzte Rede im Deutschen Bundestag](#).



Termine

Sonntag, 2. Februar

11:00 Uhr
Vernissage der Benefizkunstaussstellung
Bürgerbüro

Montag, 3. Februar

13:00 Uhr
Politische Sprechstunde zur Lage der ambulanten Gesundheitsversorgung
Orthopädie Iris Lasser, Ebersbach

Dienstag, 4. Februar

14:30 Uhr
Besuch der Tagespflege „Vital im Alter“ und Podiumsdiskussion mit Frauke Heiligenstadt, MdB
Northeim/Niedersachsen

Mittwoch, 5. Februar

12:30 Uhr
Netzwerk on air
Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle

15:00 Uhr

Gesundheitspolitisches Podium
Zahnärzteschaft Baden-Württemberg
Stuttgart

Donnerstag, 6. Februar

Vor-Ort-Besuch und Gespräch mit ambulanten Pflegediensten und Dr. Lina Seitzl, MdB
Allensbach

Samstag, 8. Februar

14:00 Uhr
Politisches Gespräch zur Krankenhausreform mit Andreas Mehlretter, MdB
Schrobenhausen/Bayern

Montag, 10. Februar & Dienstag, 11. Februar

Sitzung des Deutschen Bundestages
Berlin

Mittwoch, 12. Februar

10:00 Uhr
Pflegerpolitische Diskussionsrunde
Verband der Deutschen Alten- und Behindertenhilfe
Berlin

Donnerstag, 13. Februar

13:00 Uhr
Vor-Ort-Besuch zum Thema Pflege mit Dagmar Schmidt, MdB
Wetzlar

Dienstag, 18. Februar

14:30 Uhr
IG Metall Senioren
Hasenheim Faurndau, Göppingen

13:00 Uhr

Bürgersprechstunde
Bürgerbüro

Mittwoch, 19. Februar

9:00 Uhr
Frühstück und Gespräch
Seniorenkreis 60+
Sillerhalle/Mehrzweckraum, Hattenhofen

Sonntag, 23. Februar

Bundestagswahl

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de